Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 269. Donnerstag, 19. November 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Entscheidender Sieg Japans in der Mandschurei.

Die chinesische Heilungkiang-Armee nach harten Kämpfen in vollem Rückzug.

England hinter Zollmauern.

d. MacDonald wollte in seinem nationalen Koalitionskabinett nicht ausschließlich Schutzzöllner haben, deshalb nahm er als Handelsminister Sir Walter Runciman, der als Freihändler bekannt ist. Aus der Rede, die dieser Freihändler im Unterhaus gehalten hat, geht aber klar hervor, daß England den Weg zum Schutzzoll, den es mit den Torywahlen betreten hat, nicht wieder verlassen, sondern bis zum Ende wandern wird.

Gäbe es nur Tories im Kabinett, so hätte die Regierung wahrscheinlich deren ausschweifenden Wünschen schon gänzlich nachgegeben und dem Parlament in aller Eile einen Zolltarif vorgelegt, hinter dessen Sätzen die englische Industrie sich gegen jede fremde Konkurrenz geschützt, wie in Abrahams Schoß geborgen gefühlt hätte. Aber man muß der Anwesenheit Runcimans im Kabinett doch diese Wirkung zugestehen: sie ist ein Hemmschuh am rollenden Wagen und verlangsamt wenigstens die Bewegung. Runciman verlangt Zeit für die Regierung zur Ausarbeitung eines vernünftigen Tarifs, der auch der Ausfuhr Englands Rechnung trägt. Wo ein Tory wie etwa Churchill den Percy Heißsporn, den tollkühnen Dreinhauer, spielen würde, da denkt Runciman doch eher wie ein kühlrechnender General.

Freilich, an dem Kriegsplan wird nichts geändert. Die Bedeutung der Wahlen ist, daß das letzte große Freihandelsland der Welt, England, grundsätzlich zum Schutzzoll übergeht. Aber es macht doch einen großen Unterschied, in welchen Händen die Durchführung dieses Planes liegt. Zunächst will Runciman, und zwar sofort dem Unterhaus einen Gesetzvorschlag vorlegen, den man wohl als eine vorläufige Sperrmaßregel bezeichnen kann, bestimmt, eine übermäßige wilde Einfuhr zu verhindern, die überhaupt jede Zollreform unmöglich machen würde, denn sie könnte das Land binnen wenigen Wochen mit einer solchen Flut fremder Erzeugnisse überschwemmen, daß die Läger auf ein Jahr versorgt sein würden. Solche Sperren (cadenas, Vorlegeschlösser, heißen sie bei den Franzosen) sind vor der Beratung von Zolländerungen immer verhängt worden. Es ist deshalb noch an sich nichts außergewöhnliches oder aufregendes, daß Runcimans Entwurf dem Finanzminister auf sechs Monate Vollmachten geben will, auf dem Verordnungswege Einfuhrzölle bis zu 100 Prozent des Wertes aufzuerlegen. Man fühlt sogar in Runcimans Rede gewisse freihändlerische Regungen, wenn er sagt, daß er nicht jede „Praeventiveinfuhr" erdrosseln wolle, denn es sei für das Land unter Umständen nicht unangenehm, wenn von gewissen nützlichen Waren Vorräte vorhanden seien, die der Nachfrage genügen könnten. Die Einfuhr von Luxusartikeln, die in den letzten Wochen in ungewöhnlichen Mengen eingeführt worden seien, will Runciman allerdings sofort unterbinden. Keine Frage, daß diese Sperre eine große Störung für viele Güter bedeuten wird, die bereits auf dem Weg nach England schwimmen und deren Verkauf vielleicht unmöglich werden wird. Es wird nicht ohne schwere Schläge für den Handel abgehen.

Wie kann man sich nun den endgültigen Tarif vorstellen, den der Handelsminister dem Parlament vorlegen will. Er wird für die meisten Erzeugnisse und auch namentlich für die deutschen riesige Zollerhöhungen bringen. Nur die Rücksicht auf Englands eigene Ausfuhrinteressen wird da einigermaßen besänftigend auf die Zollsätze einwirken. Wenn es nach den Wünschen einer großen Anzahl von Tories geht, wird der neue Tarif den Reichsschutzzoll mit gleichzeitigem Freihandel aller Teile des Reiches unter sich bringen — das hohe Ideal, für das die Lords Beaverbrook und Rothermere ihren „Reichskreuzzug" führen, soll verwirklicht werden. Aber diese Wünsche werden wahrscheinlich auf den harten Widerstand der Dominions stoßen. Denn die Dominions können, im Gegensatz zu den Kronkolonien nur mit ihrem Willen einen Reichzolltarif annehmen. Sie sind souverän in bezug auf die Ordnung ihrer Zollangelegenheiten. Dabei sind die Belange der Dominions, die ja fast nur Rohstoff erzeugende Länder sind und die fast alle die gleichen Rohstoffe erzeugen, so verschieden, der Ausgleich durch gegenseitigen Handel unter ihnen ist so schwach, daß es einer Reichskonferenz kaum je gelingen dürfte, einen alle Dominions befriedigenden Zolltarif zu schaffen. Es wird also wohl den Engländern nichts weiter übrig bleiben, als den Interessen der Dominions durch Präferenzzölle Rechnung zu tragen, im übrigen ihre Zollsouveränität zu lassen. Die Verhandlungen darüber werden sehr langwierig sein. Sie werden an manchen Stellen die politische Schwäche des ungeheuren Gefüges „the British Empire" offenbaren, das man so oft sehr zu Unrecht mit dem Imperium Romanum vergleicht. Rom hatte den ungeheuren Vorzug geographischer Geschlossenheit. Das Reich hatte sich um einen Mittelpunkt kristallisiert. England aber liegt zersprengt in allen Erdteilen und lebt als Einheit nur durch seine Kultur.

Die über den Zolltarif bevorstehenden Beratungen des Unterhauses können bei der Frage der Reichszölle und des Reichsfreihandels sehr tiefgehende Risse in der heutigen Riesenmehrheit offenbaren. Churchill hat jüngst triumphierend gesagt: das Rad hat sich gedreht! Sehr war — es hat sich gedreht, aber es steht nicht still und es wird sich weiter drehen.

Tsitsikar und Angantschi besetzt.

Die Gegenoffensive der Japaner.

Russische Generalstäbler bei den Chinesen?

London, 19. November.

Wie aus Tokio gemeldet wird, haben die japanischen Streitkräfte gestern Tsitsikar besetzt. Die Japaner entwaffneten sofort die chinesischen Polizisten und veröffentlichten eine Bekanntmachung, in der sie den Einwohnern, die sich den gesetzlichen Anordnungen fügen, vollen Schutz für Leben und Eigentum zusagen.

In amtlichen japanischen Kreisen wird erklärt, daß der Vorstoß bis Tsitsikar nur das Ziel hätte, den Chinesen einen empfindlichen Schlag zu versetzen und die chinesischen Truppenansammlungen aufzulösen; darauf würden sich die Japaner bald zurückziehen.

Die Stadt Angantschi, die an der Kreuzung der ostchinesischen und südmandschurischen Bahn liegt, befindet sich ebenfalls in den Händen der Japaner.

Während sich diese Ereignisse in Ostchina zutragen, sitzt der Völkerbundsrat in Paris weiterhin zusammen, ohne auch nur einen Schritt auf dem Weg zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes weitergekommen zu sein. Am Sonntagmittag verhandelte er nicht weniger als vier Stunden in nichtöffentlicher Sitzung. Am Nachmittag nahm er die Ausführungen des japanischen und des chinesischen Delegierten entgegen.

In der Schlacht zwischen den Chinesen und den Japanern sollen beide Teile schwere Verluste erlitten haben. Dem Generalstab der Heilungkiang-Armee sollen fünf sowjetrussische Offiziere zugeteilt gewesen sein.

*

Die Schlacht bei Tsitsikar.

)(London. Ueber die **Niederlage der chinesischen Truppen in der Mandschurei** berichtet der Sonder-Korrespondent der Daily-Mail in Charbin: Die Japaner griffen um 5 Uhr früh mit 5000 Mann aller Waffengattungen — Infanterie, Kavallerie, Tanks, schweren Bombenflugzeugen und Panzerzügen — an und durchbrachen die Front der Chinesen, die aber auf dem Rückzuge hartnäckigen Widerstand leisteten. Ein Gegenangriff bei Agantschi verzögerte das japanische Vordringen. Der Nonnifluß ist jetzt zugefroren; Chinesen wie Japaner leiden schwer unter der bitteren Kälte.

Reuter meldet aus Mukden: Kurz nach Sonnenaufgang eröffnete die japanische Artillerie das Feuer. Die Japaner standen einer fünffachen Uebermacht gegenüber, waren aber in der Feldartillerie und der Luftwaffe dem Gegner überlegen, während die Chinesen über den Vorteil starker Kavallerietemassen verfügten.

Die **japanischen Militärbehörden** erklärten, daß sie in keiner Weise die russischen Interessen beeinträchtigen werden, wenn es auch möglich sei, daß die Schwungkraft der japanischen Aktion die japanischen Streitkräfte zeitweilig bis über die Eisenbahnlinie hinaus führen werde.

)(London. Der Times-Korrespondent in Tokio meldet: Nach Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums hatten die **Chinesen am Dienstagnachmittag eine groß angelegte Offensive vorbereitet.** Der gestrige japanische Angriff sei somit nur eine Verteidigung darauf gewesen. Der Korrespondent fügt hinzu, General Bonschu habe zwar Weisung gehabt, keine Offensive zu unternehmen, aber die chinesischen Angriffe vom Dienstag hätten ihm Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß der Angriff die beste Verteidigung sei. **Mit der Auflösung der Streitkräfte des Generals Ma und der Besetzung von Tsitsikar sei die letzte organisierte Autorität in der Mandschurei, die Tschanghsueliang gegenüber loyal geblieben sei, verschwunden.**

*

Die Verluste in den gestrigen Kämpfen.

Tokio. (Reuter.) In den letzten Gefechten zwischen Chinesen und Japanern sollen sich die **Verluste der Japaner auf 300 Tote und Verwundete** belaufen, die der **Chinesen auf fast 4000.** Matschangschens beste Truppen sollen der Vernichtung entgangen sein, weil sie sofort den Rückzug antraten, als sie merkten, daß die Lage kritisch würde. In der Nord-Mandschurei soll jetzt Ruhe herrschen.

*

Eine Erklärung des japanischen Außenministeriums

London. (Funkspruch.) Der Korrespondent der Times meldet aus Tokio: Das japanische Außenministerium teilt mit, daß die japanischen Vertreter in Paris auf ihre eigene Verantwortung hin, wenn auch im Einvernehmen mit ihrer Regierung, **dem Völkerbundsrat neue Kompromißvorschläge unterbreiten werden.** Es wird vorgeschlagen werden, die jetzigen Pariser Verhandlungen zu vertagen und eine Entscheidung aufzuschieben, bis der Völkerbundsrat die Streitfrage durch Entsendung einer eigenen Kommission nach der Mandschurei und nach China unterwegs hat. Der Korrespondent fügt hinzu: es wird anscheinend vorgeschlagen, daß die Untersuchung sich nicht nur auf die mandschurische Lage, sondern auf die Lage in ganz China erstrecken soll.

)(Mukden. Die japanische Vorhut rückte um 8 Uhr abends in Tsitsikar ein und entwaffnete die chinesischen Polizisten. Unmittelbar nach ihrem Einmarsch veröffentlichten die Japaner eine Bekanntmachung, in der sie den Einwohnern, die sich den gesetzlichen Anordnungen fügen, vollen Schutz für Leben und Eigentum zusagen.

Keine Fortschritte in den Pariser Ratsverhandlungen.

)(Paris. In der geschlossenen Sitzung des Völkerbundsrates am Mittwochvormittag, an der die Vertreter der streitenden Parteien wiederum nicht teilnahmen, hat sich eine höchst bedeutsame Wendung der Dinge angekündigt. Der englische Außenminister Simon hielt eine Rede, in der er ziemlich deutlich zu verstehen gab, daß es besser wäre, die Unmöglichkeit einer Lösung der überaus schwierigen mandschurischen Frage durch den Völkerbund offen zuzugeben, als sich mit Scheinlösungen nach der Art der bisherigen „Empfehlungen" zu begnügen. Derartige Scheinlösungen schadeten dem Ansehen des Völkerbundes mehr als jeder andere Beschluß. Simon soll darüber hinaus den Artikel 15 des Völkerbundspaktes erwähnt haben. Der Artikel 15 würde im Gegensatz zu Artikel 11 dem Völkerbundsrat die Möglichkeit geben, vom Grundsatz der Einstimmigkeit abzuweichen und die Stimmen der streitenden Parteien zu übergehen. Dann könne ein Autoritätsspruch mit allen sich daraus ergebenden Folgen gefällt werden. Wenn man sich etwa auf chinesischen Antrag zur Anwendung des Artikels 15 entschließen wollte, würden die Verhandlungen in einen vollkommen neuen Abschnitt treten.

Auch der **Vertreter Deutschlands,** Staatssekretär von **Bülow,** soll sich den Ausführungen des englischen Außenministers insofern angeschlossen haben, als er Scheinlösungen ebenfalls als für das Ansehen des Völkerbundes **untragbar** bezeichnete. Eine andere Gruppe, in der **Frankreich** die Führung haben dürfte, möchte es nicht zu einem unmittelbaren Eingreifen kommen lassen. Briand in seiner Eigenschaft als Ratspräsident scheint eine Haltung einzunehmen, die mit dem französischen amtlichen Standpunkt nicht vollkommen übereinstimmt.

)(Paris. Die Nachmittagssitzung der 12 Ratsmitglieder begann auf Wunsch der japanischen Delegierten erst um 5.20 Uhr. Yoshisawa soll inoffiziell von seiner Regierung Weisung haben, sich an die bekannten fünf Punkte zu halten. Es ist daher anzunehmen, daß die Japaner sich auf ihre letzte These zurückgezogen haben, bei der bekanntlich die Sicherheitsforderung, die Betonung der vertraglichen Rechte und die Forderung nach direkten Verhandlungen mit China eine große Rolle spielen. Yoshisawa soll jedoch erklärt haben, **die Japaner wollten mit der Räumung durchaus nicht warten,** bis mit China eine Verständigung über alle Einzelheiten erzielt sei, sie wünschten lediglich vorher ein **Einvernehmen über die Prinzipien** zu erlangen.

*

Entsendung eines Völkerbundsuntersuchungsausschusses?

)(Paris. Wie der Temps am Mittwoch von maßgebender Seite erfahren haben will, hat die japanische Ratsabordnung ihrer Regierung einen Kompromißvorschlag unterbreitet, der als Hauptpunkt die Entsendung eines Untersuchungsausschusses des Völkerbundes nach der Mandschurei und China vorsehen soll. Dieser Ausschuß solle prüfen, ob die chinesische Regierung in der Lage sei, die Ordnung und den Frieden an den Grenzen aufrechtzuerhalten, und ob China die bestehenden Verträge achte.